



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen**

**Haller, Johannes**

**Stuttgart [u.a.], 1930**

der Luxemburger Zwischenfall

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

der Verfolgung ihres natürlichen Entwicklungsganges auf Hindernisse und Gefahren stoßen sollten, sich mit Frankreich „zu gemeinschaftlicher Abwehr“ zu verständigen. Das besagte: die Entente wäre genehm, das formelle Bündnis bliebe vorbehalten. Bismarck gab die Hoffnung nicht auf, den König auch für das Bündnis zu gewinnen. Er brauche Zeit dafür, schrieb er an Goltz; dränge man jetzt auf Entscheidung, so würde das gewonnene Terrain verloren gehen.

In Paris aber hatte man Eile und suchte den Abschluß zu beschleunigen. Daß Bismarck erkrankte und bis Ende Dezember den Geschäften fernbleiben mußte, wurde als peinliche Verzögerung empfunden. Als er wieder erschien, begann sofort das Drängen der Franzosen. Es nützte nichts, daß er vorstellte, Preußen könne und wolle Frankreich nur den gleichen Dienst erweisen, den es kürzlich im Kriege gegen Österreich erfahren habe: wohlwollende Neutralität. Wie er damals auf bindende Abmachungen im Vertrauen auf die Gesinnung des Kaisers verzichtet habe, so verlange er jetzt vom Kaiser das gleiche Vertrauen. Er fand, wohlwollende Neutralität und gegenseitiger Verzicht auf feindliche Verbindungen müsse genügen, denn Frankreich habe keine Koalition zu fürchten, an der Preußen nicht beteiligt sei. In Paris dachte man anders, man wollte etwas Greifbares und richtete das Augenmerk zunächst auf Luxemburg. War der Wert des Landes gering, auch die Festung nicht entfernt mehr von der Bedeutung, die sie einst gehabt, so sollte dieser Erwerb doch wenigstens für den Augenblick die aufgeregte öffentliche Meinung beruhigen und zugleich als Unterpfand künftiger größerer Erfolge dienen. Luxemburg war, wie Graf Goltz sich ausdrückte, „der Prolog für die belgische Frage“ oder, wie Keudell sagt, „die Etappe auf dem Wege nach Belgien“.

Das Großherzogtum, bisher Glied des Deutschen Bundes und seit dessen Auflösung unabhängig, wurde vom König von Holland in Personalunion regiert. Seine Besitznahme wäre also eine Sache gewesen, die zwischen Frankreich und dem König-Großherzog abgemacht werden konnte, hätte nicht von früher her eine preußische Besatzung in der Festung gelegen,



und hätte nicht in Deutschland die Ansicht allgemein geherrscht, Luxemburg sei deutsches Land und dürfe nicht aufgegeben werden. Die Frage mußte also vorsichtig angefaßt und durfte überhaupt nicht aufgeworfen werden, ehe die preußische Besatzung abgezogen war. Statt dessen wurde das Geschäft von Anfang an durch Übereilung und Ungeschick auf französischer Seite verdorben — über die täppische Leichtfertigkeit des Ministers Moustier herrschte unter den Diplomaten in Paris nur eine Stimme —, und als um Mitte März 1867 die geplante Abtretung ruckbar wurde, während preußische Soldaten noch in Luxemburg standen, brach in Deutschland ein Sturm nationaler Empörung los, der es Bismarck unmöglich machte, dem französischen Vorgehen durch wohlwollende Neutralität zu sekundieren, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte. Allerdings ist auch fraglich, ob er zu dieser Zeit noch so dachte wie früher. Seine Erlasse und Randbemerkungen seit seiner Rückkehr ins Amt verraten deutlich eine veränderte Stimmung, die infolge des französischen Drängens bis zu großer Gereiztheit stieg. Den Rücksichten, die Napoleon zur Eile trieben, verschloß er sich grundsätzlich. „Wenn man in Paris“, so schrieb er an Goltz, „nicht von der Überzeugung durchdrungen ist, daß das Zusammengehen von Preußen und Frankreich im wahren und dauernden Interesse Frankreichs und speziell der Dynastie des Kaisers liegt, und wenn der letztere und seine Staatsmänner sich nicht in der Lage glauben, das Durchdringen dieser Überzeugung auch in der Nation abzuwarten und zu fördern und ihre Politik inzwischen, unbeirrt durch vorübergehende Strömungen der öffentlichen Meinung, fortzuführen: so ist die französische Politik überhaupt keine solche, auf welche wir unsere eigenen Kombinationen bauen könnten.“ Er hielt jetzt nicht mehr zurück mit dem Geständnis: „Es ist der Mangel an Vertrauen auf die Stetigkeit der Politik Frankreichs, welcher unsere Beziehungen zu der kaiserlichen Regierung erschwert und uns nötigt, uns die Möglichkeit auch anderer europäischer Kombinationen offen zu halten.“ Sein immer waches Mißtrauen gab ihm sogar den Verdacht ein, die luxemburgische Sache solle Preußen



kompromittieren und isolieren; sie solle die Einleitung zu einem Angriff bilden! Luxemburg — so faßte er zusammen — müsse „nicht die Vorbedingung, sondern die Folge einer aufrichtigen politischen Verbindung zwischen beiden Ländern sein“.

So richtig das Rezept in der Theorie war, für Napoleon war es nicht anwendbar. Weniger als je fühlte er sich Herr seiner Entschlüsse. Sein einst so großer persönlicher Kredit war aufgebraucht, das Vertrauen auf seine Staatsweisheit geschwunden, seine ganze Stellung schwer erschüttert, da seit sieben Jahren jeder sichtbare Erfolg ausgeblieben war, während ein Fehlschlag den andern abgelöst hatte: in der polnischen Frage, in der mexikanischen Expedition, im Deutschen Krieg. Wohl wäre es an sich das richtige gewesen, mit Preußen und Italien sich zu verbinden und vereint mit diesen Bundesgenossen die Karte Europas nach ihren gemeinsamen Interessen zu korrigieren. Der König von Italien, dem der preußische Gesandte das auseinandersetzte, gab darauf die richtige Antwort: „Der Kaiser ist ängstlich geworden. In jüngeren Jahren würde er wahrscheinlich dieses große Geschäft gemacht haben, jetzt nicht mehr.“

Wie ängstlich er geworden war, bewies Napoleon eben in dieser Zeit durch eine überraschende Wendung seiner inneren Politik. Indem er der Kammer das Recht der Interpellation gewährte (19. Januar 1867), wollte er den Übergang zu einem liberalen Regierungssystem einleiten. Umso dringender brauchte er jetzt einen Erfolg, sei es auch nur einen kleinen. Wie man in der Gesellschaft, in der Armee über ihn dachte und sprach, konnte ihm nicht verborgen bleiben. Zum Überfluß ergriff jetzt auch Thiers, der Kritiker vom vorigen Jahr, wieder das Wort zu einer vernichtenden Anklage. Die Rede, die er am 14. März im Gesetzgebenden Körper hielt, schloß mit den Worten: „Es bleibt kein Fehler mehr zu machen übrig“ (*il n'y a plus une faute à commettre*). Also einen Erfolg, schnell einen Erfolg! Der Ankauf von Luxemburg sollte die Kritik dämpfen. Und gerade jetzt stellte sich heraus, daß das Geschäft nicht zustande kam. Der König von Holland zog sich



zurück, da Preußen Schwierigkeiten machte, und Bismarck, der sich im Reichstag Angriffen ausgesetzt sah, schritt zur Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Der Eindruck in Frankreich war erschütternd, die Erregung größer als nach Königgrätz. Laut wurde der Kaiser der Unfähigkeit angeklagt. Die Kaiserin hielt den Krieg schon für unvermeidlich, die Generäle trieben dazu, manchen erschien er als der einzige Ausweg aus der Verwirrung, in der das Land unregierbar geworden sei. Napoleon selbst sprach offen von der Gefahr und suchte nach einem Ausweg.

Zum Kriege ist es nicht gekommen, weil Bismarck ihn nicht wollte. Es ist bekannt, wie er sich darüber ausgesprochen hat. Die Ansicht Moltkes, der den Augenblick zu benutzen riet, wo die preußische Überlegenheit den Sieg verbürgte, war nicht die seine. „Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen.“ So äußerte er sich damals. Der Vorsehung — hat er später gesagt — könne man nicht in die Karten sehen.

Der scheinbare Widerspruch, in dem diese Äußerung zu seiner eigenen Handlungsweise von 1864 und 1866 steht, löst sich auf, sobald man eine Unterscheidung macht, die Bismarck damals unausgesprochen gelassen hat. Wenn der Krieg ein positives Ziel verfolgt, das anders nicht erreicht werden kann und der Opfer wert ist, so soll man ihn führen, sobald man weiß, daß man ihn gewinnen wird. 1864 und 1866 war das der Fall gewesen. Fehlt ein solches Ziel, so ist die Aussicht auf den Sieg noch kein Grund, einem feindlichen Angriff, den man erwartet, zuvorzukommen. So lag es 1867. Bismarck hat, nach gelegentlichen Äußerungen zu urteilen, den Krieg gegen Frankreich schon damals, ebenso wie Moltke, kommen sehen. Aber er wußte für ihn, vom deutschen Standpunkt aus, kein entsprechendes Ziel. Dagegen stiegen die Aussichten, ihn trotz allem zu vermeiden, mit jedem Jahr, in dem der Friede erhalten blieb. Wohl konnte Frankreich die Zeit benutzen, sich besser zu rüsten. Aber auch Deutschland



wurde inzwischen stärker, wenn die sämtlichen deutschen Staaten das preußische Wehrsystem annahmen. Inzwischen — was konnte nicht alles in Frankreich geschehen! Der Kaiser krank und sichtlich geschwächt, offenbar nicht mehr Herr der Lage, das Volk in Opposition, durch Parteiungen gespalten — durfte man nicht damit rechnen, daß über kurz oder lang eine Umwälzung, der Sturz Napoleons, vielleicht sein Tod, das Versagen einer Regentschaft oder was immer eintreten werde, das die Kriegsgefahr für absehbare Zeit überhaupt verscheuchen würde? Der Hinweis auf die unerschöpflichen Mittel der Vorsehung war also hier keine Phrase, er hatte einen sehr konkreten und sehr begründeten Sinn.

So wurde der Krieg im Frühling 1867 noch vermieden. Unter österreichischer Vermittlung einigte man sich, daß Luxemburg von den preußischen Truppen geräumt und wie Belgien für neutral erklärt wurde. Aber mit den Aussichten auf ein deutsch-französisches Bündnis war es nun auch vorbei. Der Versuch, es zu erlangen, hatte Napoleon nur eine neue Schlappe gebracht; er dachte nicht mehr daran. Noch waren die Verhandlungen mit Berlin nicht zu Ende, da hatte er nach seiner Weise schon begonnen, sich auf die Wendung einzurichten. Er knüpfte mit Österreich an und nahm gleichzeitig eine gründliche Reform des Heerwesens in die Hand. Künftig sollte seine Politik mit der Mehrheit der öffentlichen Meinung gehen, und wohin diese strebte, das wußte man. Es klingt wie ein wehmütiger Abschiedsgruß, wenn wir in dem Kabinettsrat vom 17. April, wo der Beschluß gefaßt wurde, Luxemburg aufzugeben, den Staatsminister Rouher noch einmal seine Überzeugung vortragen hören, daß Frankreich neben einem starken, die Kräfte Deutschlands in seiner Hand zusammenfassenden Preußen sehr wohl leben könne, ohne deshalb eine Einbuße an Macht und Ansehen zu erleiden; daß der Krieg mit Preußen je länger, desto unwahrscheinlicher sei, die französische Nation mit der Neugestaltung Deutschlands sich aussöhnen werde. Der Kaiser soll dem zugestimmt haben. Wenn es geschah, so war es zum letztenmal und vermutlich nur zum Schein. Von jetzt an nahm seine Politik die